

Die erste Landesvorstandssitzung im Jahr 2021 hat am letzten Samstag von 11.00 bis 17:00 Uhr aufgrund der aktuell hohen Infektionszahlen als Videokonferenz stattgefunden.

Inhaltliche Schwerpunkte war zum einen die Information und Positionsbildung zum Thema LINKE Forderungen nach einer Vermögensabgabe zur Finanzierung der hohen Staatsausgaben infolge der Corona Pandemie. Hier zu informierte der Bundestagsabgeordnete der Hamburger LINKEN Fabio De Masi zum Diskussionsstand der Bundesgremien und der Landesvorstand bekräftigte, dass die Forderung des Heranziehens von großen Vermögen zur Finanzierung der Pandemiekosten wichtiges Element der politischen Arbeit im Jahr 2021 sein muss, um das Umwälzen dieser Staatsausgaben auf die Mehrheit der Bevölkerung zu verhindern und dem verstärkten Wachsen der sozialen Spaltung entgegenzuwirken.

Das zweite inhaltliche Schwerpunktthema der Sitzung war das von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen erarbeitete Landesantidiskriminierungsgesetz, zum dem der Fachabgeordnete Metin Kaya berichtete. Auch diese politische Initiative soll nach einer weiteren Abstimmung innerhalb und außerhalb nicht nur im Parlament, sondern auch außerparlamentarisch durch Partei und Bündnisaktivitäten vorangetrieben werden. Nach der geplanten Einreichung in der zweiten Märzhälfte bietet sich hierzu der Internationale Tag gegen Diskriminierung an.

Die ursprünglich für den 14 Februar 2021 geplante Fortsetzung des letzten Landesparteitages wurde vom Landesvorstand wegen der aktuellen Pandemiesituation und den Lockdown Maßnahmen abgesagt und auf einer späteren – noch zu findenden Termin - verschoben. Die Situation zur LVV – einberufen für den 26./27. März – wird weiterhin diskutiert, aber es wird auf jeden Fall auf der nächsten regulären Sitzung am 20. Februar dazu beraten.

In Vorbereitung der Bundestagswahlen wurde der Wahlkampfkoordinationerrat einberufen zu dessen Konstituierung in dieser Woche für den 29. Januar eingeladen wird.

Auf Antrag der LAG Netzpolitik hat der Landesvorstand eine Initiative zur besseren Koordinierung der Socialmedia- und Websiteauftritte beschlossen. Verantwortliche Ansprechpartner*innen im Lavo sind Pierre Endries und Anne Plepenbrink.

Ebenso unterstützt der Landesvorstand die Erklärung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts zu Angriffen auf Einrichtungen der OKJA (Offene Kinder- und Jugendarbeit) Fragebogen zu angeblich „linksradikalen Ausrichtungen“ junger Besucher*innen auszugeben.

Da der Landesvorstand in der Videokonferenz nicht ganz mit der ursprünglich für eine normale Sitzung geplanten Tagesordnung fertig wurde, wurden die Bearbeitung weiterer Anträge und die Diskussion zur Bundestagswahlstrategie auf eine außerordentliche Videokonferenz am Montag, den 25. Januar 2021, verschoben.

Für die Richtigkeit,
M. Wittmaack